

Erasmus+ fortsetzen und weiterentwickeln

Durch das Austauschprogramm Erasmus+ haben in den vergangenen 30 Jahren rund 700.000 Studierende und Hochschulmitarbeiter allein aus Deutschland die Idee und gelebte Realität eines geeinten und starken Europas erfahren dürfen. Nordrhein-Westfalen als dichtester Hochschulraum profitiert von dem Bildungsprogramm in besonderer Weise. Auf Antrag von FDP und CDU hat der Landtag einstimmig beschlossen, den Bildungsaustausch zu intensivieren. Neben Studierenden und dem Hochschulpersonal sollen auch Auszubildende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt an dem Austauschprogramm teilhaben können.

→ [Antrag: Hochschulen weiter international ausrichten](#)

Untersuchungsausschuss zu Missbrauchsfällen

Um die schrecklichen Fälle von langjährigen und wiederholten Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Lügde aufzuklären, hat der Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Der „PUA Kindesmissbrauch“ soll nach dem Willen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten von Jugendämtern, Polizei und Staatsanwaltschaft sowie der für ihre Aufsicht zuständige Ministerien bei der Bearbeitung untersuchen. Dem 13-köpfigen Gremium mit weitreichenden Kompetenzen werden zwei Abgeordnete der Freien Demokraten angehören.

→ [Einsetzungsbeschluss gemäß Artikel 41 der Landesverfassung](#)

Islamischer Religionsunterricht wird ordentliches Fach

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen hat der Landtag den Gesetzentwurf der NRW-Koalition zum islamischen Religionsunterricht verabschiedet – ein wichtiges Zeichen für die rund 415.000 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens in Nordrhein-Westfalen. Der islamische Religionsunterricht steht mit dem 14. Schulrechtsänderungsgesetz endlich auf einer rechtssicheren Basis.

Im Kern wurde das bisher praktizierte Beiratsmodell überarbeitet. Künftig wird der auf vier islamische Organisationen begrenzte Beirat durch eine Kommission ersetzt. Mitglied dieser Kommission kann jeder Verband werden, der landesweit tätig ist und bei der Zusammenarbeit mit dem Land die Gewähr dafür bietet, eigenständig und staatsunabhängig zu sein, unsere Verfassungsprinzipien achtet und dem Land bei der Durchführung des islamischen Religionsunterrichts auf absehbare Zeit als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den einzelnen islamischen Organisationen wird ein Vertrag geschlossen, der die Ziele und Grundlagen definiert und die Aufnahme und Beendigung der Zusammenarbeit regelt. Mit der Öffnung der Kommission kann die Vielfalt des Islams stärker berücksichtigt werden. Auch kleinere Verbände haben so die Chance, sich einzubringen. Nach der Anhörung zum Gesetzesentwurf haben die Fraktionen wichtige Impulse aufgreifen und einarbeiten können. Ergebnis: eine breite Mehrheit im Parlament über vier Fraktionen.

→ [Gesetzentwurf: 14. Schulrechtsänderungsgesetz](#)



Neu im Parlament –
Daniela Beihl folgt auf Moritz Körner

Moritz Körner hat mit Ablauf des 26. Juni sein Landtagsmandat niedergelegt, er gehört künftig dem Europäischen Parlament an. Für ihn ist Daniela Beihl aus Minden-Lübbecke nachgerückt.

Daniela Beihl ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet seit 2015 als Büroleiterin eines FDP-Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die 34-Jährige engagiert sich bereits seit 2006 in der FDP. Nach ihrer Vereidigung durch Landtagspräsident André Kuper sagte unsere neue Abgeordnete: „Ich freue mich auf die Aufgabe und die Chance, unser Land mitzugestalten. Der ländliche Raum bekommt jetzt eine weitere Stimme in Nordrhein-Westfalen.“

→ [Mindener Tageblatt: Espelkamperin rückt für FDP in den Landtag auf](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Das Lebensende menschenwürdig und angstfrei gestalten

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine nahezu flächendeckende Palliativ- und Hospizversorgung. Die Fraktionen von FDP und CDU setzen sich dafür ein, die Versorgung auch in weniger versorgten Bereichen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass Teams für spezialisierte ambulante Palliativversorgung flächendeckend verfügbar sind. Zudem soll die Trennlinie zwischen ambulant und stationär abgebaut und systemübergreifende Netzwerkstrukturen geschaffen werden.

→ [Antrag: Hospizarbeit und Palliativversorgung in Nordrhein-Westfalen](#)

Sportliches Großereignis für kriegsversehrte Soldatinnen und Soldaten

Die NRW-Koalition möchte die „Invictus Games“ nach Nordrhein-Westfalen holen, bei denen sich einsatzversehrte Soldatinnen und Soldaten in zwölf Sportarten messen. Die Landesregierung soll sich um eine Austragung der Spiele ab 2022 bemühen. Neben der Wertschätzung von Soldatinnen und Soldaten bietet der Wettkampf Nordrhein-Westfalen eine Chance, sich als Gastgeber und Ausrichter von sportlichen Großereignissen auf internationaler Bühne zu präsentieren. Die „Invictus Games“ wären ein Gewinn und ein Aushängeschild für Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr. 1.

→ [Antrag: „Invictus Games“ nach Nordrhein-Westfalen holen](#)

Lücken im Bahnnetz schließen

Mobilität bedeutet Freiheit. Ein leistungsstarker und bedarfsgerecht ausgebauter ÖPNV ist wichtig, um den Mobilitätsinteressen aller Menschen gerecht zu werden. Daher sind auch Reparatur und Erhalt der vorhandenen, in die Jahre gekommenen, Infrastruktur notwendig. Die NRW-Koalition möchte die Kommunen bei dieser großen Herausforderung unterstützen.

Die Fraktionen von FDP und CDU beauftragen deshalb die Landesregierung mit konkreten Maßnahmen, unter anderem zu schnelleren Planungs- und Umsetzungsprozessen bei der Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken. Es sollen Vorschläge für die finanzielle Unterstützung der Kommunen und zur Behebung von Systembrüchen im Netz vorgelegt werden sowie ein Konzept zur Vorbeugung eines künftigen Sanierungsstaus.

→ [Antrag: Reaktivierung von Schienenstrecken](#)